Die inhaltlichen Veränderungen des Vertrages sind gelb markiert.

STÄDTEBAULICHER VERTRAG

gemäß § 11 des Baugesetzbuches (BauGB),
zur Neufassung des § 7 Absätze 1 und 2 des ursprünglichen Städtebaulichen Vertrages vom
23.10.2010,

für die Aufstellung
des Bebauungsplanes Nr. 5 der Gemeinde Grabau nach §§ 8 ff. BauGB,
1. Vertragsanpassung in Verbindung mit dem Antrag nach § 16 BImSchG vom __.__.2019.
Die übrigen Vereinbarungen gelten unverändert fort.

zwischen

Herrn Bernd Scherfisee
Stiller Winkel 1, 23845 Grabau

– nachfolgend Vorhabenträger genannt –

und

der Gemeinde Grabau
vertreten durch den Bürgermeister

– nachfolgend Gemeinde genannt –

Präambel

Herr Bernd Scherfisee beabsichtigt, in dem Sondergebiet für Baustofflager und -recycling auf seinem Grundstück der Gemarkung Grabau, Flur 5, Flurstücke 101 und 103, eine Anpassung des Betriebes vorzunehmen. Die Änderungen umfassen u.a. die Durchsatzleistung und die Betriebszeiten.

Vor diesem Hintergrund wird ein Antrag nach § 16 BImSchG sowie die Anpassung des städtebaulichen Vertrages für die Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 5 der Gemeinde Grabau nach §§ 8 ff. BauGB vom 23.03.2010 erforderlich.

Für die beabsichtigte Änderung des Betriebes passen die Gemeinde und der Vorhabenträger die nachfolgenden Vertragsbedingungen folgendermaßen an:

§ 7

Betriebsabläufe/Betriebszeiten/Sanktionen

- (1) Aufgrund der beabsichtigten Änderung des Betriebes wurde im Rahmen des Antrages nach § 16 BImSchG vom __.__.2019 die schalltechnische Untersuchung des Büros Lairm Consult

GmbH vom 17.06.2009 am 10.05.2019 aktualisiert. Die schalltechnische Untersuchung dokumentiert, dass die beabsichtigte Änderung des Betriebes mit dem Schutz der Nachbarschaft vor Gewerbelärmmissionen verträglich ist. Diesen Aussagen liegt eine Betriebsbeschreibung des Vorhabenträgers zugrunde. Der Vorhabenträger verpflichtet sich, seine betrieblichen Abläufe so zu gestalten, dass die dem aktualisierten Gutachten zugrundeliegenden Annahmen eingehalten werden und diese Verpflichtung auch möglichen Rechtsnachfolgern zu übertragen.

(2) Im einzelnen gelten folgende Beschränkungen:

- I. Die allgemeine Betriebszeit liegt werktags zwischen 7.00 und 17.00 Uhr. Außerhalb dieser Zeiten dürfen keine LKW be- oder entladen werden sowie sonstige lärmintensive Tätigkeiten stattfinden.
- II. Absolute Betriebsruhe herrscht an allen Sonn- und Feiertagen und den Nachtstunden.
- III. Pro Jahr dürfen bis zu 50.000 Tonnen Bauschutt/Abbruchmaterial mittels Einsatz einer Brechanlage aufbereitet werden. Die Brechanlage darf werktags bis zu 9 Stunden zwischen 7:00 Uhr und 17:00 Uhr betrieben werden. Die Lagerkapazität beträgt maximal 10.000 Tonnen.
- IV. Abbruchmaterial in größeren Stücken darf im Vorwege mit einem Stemmerhammer zerkleinert werden. Diese Arbeiten dürfen an allen Werktagen erfolgen, aber nur an Tagen, an denen kein Betrieb der Brechanlage oder der Siebanlage erfolgt.
- V. Der Einsatz der Trommelsiebanlage für die Bodenaufbereitung darf werktags bis zu 9 Stunden zwischen 7:00 Uhr und 17:00 Uhr betrieben werden.
- VI. Der Vorhabenträger verpflichtet sich die Zuwegung zum Betriebsgrundstück entsprechend der Anforderungen an den betriebsbedingten Schwerlastverkehr mit hochbelastbaren Betontragplatten herzustellen.
- VII. Zur Vermeidung artenschutzrechtlicher Verbotstatbestände sind für die Beleuchtung Außenleuchten mit nach unten gerichtetem Lichtkegel sowie ausschließlich Lampen mit gelblich-weißer Lichtfarbe zulässig.

Grabau,

Wendt
Bürgermeister

Bernd Scherfisee
Vorhabenträger